Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

3.8.1864 (No. 181)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 3. August.

Nr. 181. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

† **Frankfurt,** 2. Aug. Man telegrahirt den „Deux mondes" aus Wien: Gestern wurde ein Waffenstillstand auf drei Monate abgeschlossen und die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Die Herzogthümer mit den Inseln, außer Arroe, wurden an die deutschen Großmächte abgetreten; ebenso Lauenburg für die Kriegskosten. Jütland soll demnächst geräumt werden. Dänemark wird den Augustenburger anerkennen, wenn derselbe berufen wird.

† **Berlin,** 2. Aug. Der „Spener'schen Ztg." wird telegraphisch aus Wien gemeldet, daß ein Waffenstillstand auf drei Monate, beiderseitig nach sechs Wochen kündbar, abgeschlossen wurde. Die unerhobenen Kontributionen in Jütland werden eingestellt und die unverkauften mit Beschlag belegten Waaren zurückgegeben. Die Abtretung der Herzogthümer ist in den Präliminarien keineswegs vorbehaltlos, sondern nur prinzipiell ausgesprochen.

† **München,** 2. Aug. Dem Vernehmen nach verlangt Bayern, daß Rendsburg eine aus verschiedenen Bundeskontingenten zusammengesetzte Bundesbesatzung unter einem Bundeskommandanten erhalte.

Altona, 1. Aug. (W. T.-B.) Der hannover'sche Kommissär Nieper ist gestern in Folge telegraphischer Berufung nach Hannover abgereist.

Neu-York, 23. Juli. (W. T.-B.) Am 22. hat eine Schlacht vor Atlanta stattgefunden. Sherman warf die Rebellen mit großem Verlust nach den Fortifikationen zurück und machte 4000 Gefangene.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Aug. Nach einem Bericht der Berliner „Nation.-Ztg." über die letzte Bundestags-Sitzung bemerkte der preußische Gesandte am Schluß der von ihm abgegebenen Erklärung:

Es sei übrigens von Seiten des alliirten Oberkommando's diese Zurückziehung nicht verlangt worden, und da die Gründe derselben nicht mehr obwalteten, so sei selbstverständlich auch gegen die Rückkehr der Exekutionstruppen nach Rendsburg kein Bedenken vorhanden.

Hiezu bemerkt das „Dresd. Journ.":

Ohne für heute weiter auf den Inhalt der in der Bundestags-Sitzung vom 28. Juli abgegebenen Erklärungen einzugehen, wollen wir doch nicht unterlassen, hier vorläufig zu bemerken, daß in der hierorts bereits ihrem Wortlaut nach vorliegenden Erklärung, welche Preußen in der letzten Sitzung der Bundesversammlung abgegeben hat, der oben angeführte (von der „Nation.-Ztg." gebrachte) Schlußsatz nicht enthalten ist.

Dazu bemerkt wieder die „Nation.-Ztg.":

Aus mehreren Berichten ergibt sich, daß der preußische Gesandte der von ihm schriftlich zu Protokoll gegebenen Erklärung noch einige mündliche Bemerkungen hinzufügte. Diese scheint unser Korrespondent in dem Schlußsatz zusammengefaßt zu haben, wobei allerdings der Natur der Sache nach der Wortlaut vielleicht nicht ganz genau wiedergegeben ist.

München, 31. Juli. Ueber die Ursachen der erfolgten Ministerveränderung schreibt man dem „Nürnb. Korresp.": „Die Gründe, soweit sie Hrn. v. Mulzer betreffen, sind nicht klar; mit der Entlassung Zwehl's bringt man ein Schreiben Sr. Maj. des Königs in Verbindung, worin dem Minister erklärt worden, daß der Zweck, welchen der betrauerte König Max mit der Berufung von Nichtbayern verfolgte, erreicht sei und in Zukunft nur (?) Einheimische in Berücksichtigung gezogen werden sollen. Auch soll Hrn. v. Zwehl's Entwurf zu einer Schulreform von klerikaler Seite Opposition gefunden haben."

Die „Münch. Abdztg." schreibt: „Se. Maj. der König hat die Minister Frhrn. v. Mulzer und v. Zwehl, Ersteren auf Ansuchen, in Gnaden ihres Postens enthoben und den Regierungspräsidenten v. Koch zum Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten und Hrn. Oberstaatsanwalt v. Bomhard zum Justizminister ernannt. Von dem Charakter des Hrn. v. Koch versieht man sich, daß er dem allerneuesten Auftreten des Episkopats gegenüber eine den Umständen Rechnung tragende, aber feste und entschiedene Haltung einnehmen werde."

Der „Augsb. Abdztg." wird geschrieben: „Die Ursachen der Ministerveränderung beschränken sich auf das Ressort der beiden Ministerien der Justiz und des Kultus. Sie dehnen sich somit nicht auf das Gesammtministerium aus und werden daher vorläufig keine weiteren Folgen nach sich ziehen. Die beiden neuen Minister sind beauftragt, am Montag zur Uebernahme der Portefeuilles einzutreffen, mit denen sie betraut worden sind. Nach einem Gerücht soll der Austritt des Justizministers mit einer Meinungsverschiedenheit über die Zweckmäßigkeit der Landtags-Einberufung in Verbindung stehen."

München, 31. Juli. (Allg. Z.) Vom Ausschuß des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins veranstaltet, hat diesen Vormittag in der Schrannenhalle eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung stattgefunden. Universitätsprofessor Dr. Ranke, Abgeordneter zum Landrath von Oberbayern, eröffnete als Vorsitzender des Ausschusses die Versammlung, indem er zunächst dem allgemeinen Bedauern Ausdruck gab, daß die Stimme des Landes noch immer nur in den Volksversammlungen, nicht aber durch die gesetzlichen Vertreter des Landes ertönen könne. In einer Zeit, wo es sich um die heiligsten Interessen handle, da müßten doch in einem Lande, wo die Konstitution eine Wahrheit sein soll, zunächst die gesetzlichen Vertreter des Landes gehört werden. Der erste Wunsch der Versammlung möge deßhalb auf möglichst baldige Berufung der Kammern gerichtet sein. Wollen Sie, frug der Redner, diesem Wunsch beistimmen? Ein tausendstimmiges „Ja" war die Antwort. Hr. Professor Ranke verlas nun folgende, vom Ausschuß beantragte Resolution:

Die Vergewaltigung der deutschen Bundestruppen in Rendsburg und die Verzögerung der Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII. beim Bunde drohen dem Vaterland Gefahr. In Schleswig-Holstein wird die deutsche Frage entschieden. Es fragt sich, ob die dauernde praktische Neugestaltung des deutschen Vaterlands auf dem Wege gewaltthätiger Annexionen oder auf dem einer lebensfähigen Konföderation der zu einem gewissen Maß von Eigenleben berechtigten deutschen Stämme verwirklicht werden soll. In einem Momente, wie der gegenwärtige, ist es klar, daß Bestrebungen der Selbstsucht ohne nationales Ziel und blinder Glaube an die eigene vermeintliche Sicherheit zum Verderben führen. Nur eine auf das Votum der gesetzlichen Landesvertretungen gestützte energische Zurückweisung aller Annexirungsgelüste, nur die unverzügliche thatsächliche Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII., den Gewaltigen gegenüber, mit Würde und Nachdruck vertreten, vermag die Frage der nationalen Freiheit und der deutschen Zukunft wieder auf den Standpunkt zu heben, auf welchem sie gelöst werden kann ohne Rheinbund und ohne Bürgerkrieg.

Nachdem Hr. Professor Ranke diese Resolution mit einer von vielem Beifall begleiteten Rede motivirt hatte, sprach nur noch Hr. Geh. Rath Dr. v. Ringseis. Der Resolution wurde nun von der Versammlung beigestimmt, und auch ein aus deren Mitte hervorgegangener Antrag, in einer besondern Eingabe an das Gesammtstaatsministerium die alsbaldige Berufung des Landtags zu verlangen, angenommen. Unter tausendstimmigem Hochruf auf die geordnete freiheitliche Entwicklung des gesammten deutschen Vaterlandes trennte sich hierauf die Versammlung.

München, 1. Aug. Die telegraphisch bereits angedeutete Aeußerung der „Bayer. Ztg." über die Stellung der bayrischen Regierung zu den Vorfällen in Rendsburg lautet wörtlich:

Die königl. Regierung erkennt in der gegen den Willen des Bundes erfolgten, nicht einmal durch militärische Rücksichten gebotenen Besetzung der Stadt Rendsburg, welche einen Bestandtheil des Namens des Bundes verwalteten Herzogthums Holstein bildet, eine Maßregel, welche mit dem bestehenden Bundesrecht in offenem Widerspruch steht, die Autorität und das Ansehen des Bundes schwer verletzt, und einen für die Sicherheit und Selbständigkeit der kleinern deutschen Bundesstaaten höchst bedenklichen Vorgang enthält. Die königl. Regierung hat daher nicht gesäumt, ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die Weisung zu ertheilen, die sofortige Entfernung der seit dem 21. d. M. in Rendsburg eingerückten königl. preußischen Truppen, also im Wesentlichen die Wiederherstellung des frühern Zustandes daselbst zu verlangen.

Ueber den theilweisen Ministerwechsel kursiren verschiedene Gerüchte. „In unterrichteten Kreisen — schreibt man der „Allg. Ztg." — hält sich die Annahme aufrecht, daß Hr. v. Zwehl durch die Versammlung der Bischöfe in Bamberg in die Quiescenz gedrängt wurde, weil man höhern Orts das Vorgehen der Kirchenfürsten mit etwas andern Augen betrachtet haben soll, als eigentlich vorgegeben wurde. Obwohl die Konferenzverhandlungen noch geheim gehalten werden, so verlautet doch von Rathschlägen an den jungen Monarchen, welche möglicher Weise Forderungen involviren, auf die einzugehen die Krone nicht gewillt ist. In Bayern genießt die Kirche gewiß eine vollkommen freie Bewegung, und hat die Staatsregierung in ausgedehntester Weise den Wünschen des Episkopats, die in der Freisinger Denkschrift niedergelegt wurden, Rechnung getragen. Möglich, daß man gerade jetzt den Zeitpunkt für gegeben erachtete, um Höheres anzustreben, und es dürfte die Rundreise des päpstlichen Nuntius an die Sitze der Bischöfe vor der Eröffnung der Konferenz nicht absichtslos unternommen worden sein; deßhalb erscheint es als wahrscheinlich, daß man höhern Orts darauf mit dem Ministerwechsel geantwortet hat. Jedenfalls ist die Lage, unter welcher der neuernannte Staatsminister die Leitung der Geschäfte übernimmt, eine schwierige, und es wird großer Umsicht und maßvollen Takts bedürfen, um den Rechten der Krone nichts zu vergeben und dem Episkopat einen gerechten Grund zur Klage zu benehmen."

Würzburg, 29. Juli. (N. Fr. Ztg.) Auf Einladung des Handelsraths Kitzingen vereinigten sich heute die Handels- und Fabrikräthe der Städte Würzburg, Schweinfurt, Aschaffenburg, Kitzingen, Marktbreit und Miltenberg zu einer Berathung, und haben dieselben mit voller Einstimmigkeit beschlossen: 1) Es sei sofort eine Vorstellung an das königl. Staatsministerium mit der Darlegung abzusenden, daß die Erhaltung des Zollvereins, daher auch der Beitritt zum Handelsvertrag mit Frankreich, zur Wahrung und Förderung der Interessen des unterfränkischen Kreises nothwendig sei und daß dieser Beitritt zur Vermeidung vieler Nachtheile und Belästigungen vor dem 1. Oktober d. J. erfolgen möge. 2) Es sei der Fabrik- und Handelsrath der Stadt Nürnberg zu ersuchen, die sämmtlichen Fabrik- und Handelsräthe des Königreichs zu einer durch die gegenwärtige Sachlage gerechtfertigten gemeinsamen Berathung in kürzester Zeit nach Nürnberg einzuladen.

Darmstadt, 30. Juli. Heute verschied dahier der Landtags-Abgeordnete Eigenbrodt von Hof-Lauterbach.

Offenbach, 1. Aug. (N. Fr. Ztg.) Gestern Nachmittag wurde auf dem neuen Schießplatz zu Offenbach unter freiem Himmel eine Volksversammlung in Sachen Schleswig-Holsteins abgehalten, zu welcher wohl 5- bis 6000 Personen, darunter außer vielen Offenbachern auch eine große Zahl aus Mainz, Aschaffenburg, Wiesbaden und anderen benachbarten Orten sich eingefunden hatten. Hr. Metz aus Darmstadt, der zum Vorsitz berufen worden, verlas zunächst die ursprünglich vom Zentralkomitee vorgeschlagene Resolution, veranlaßt durch das Auftreten des Oldenburgers, und dahin lautend: „Die deutsche Nation erwartet und verlangt, daß die deutschen Regierungen, der Verpflichtung getreu, welche sie feierlich übernommen haben, ohne Aufschub im Bundestag die Anerkennung des Herzogs Friedrich aussprechen und ihm die Möglichkeit gewähren, die Regierung nach den Bestimmungen des beschwornen Grundgesetzes in den Herzogthümern anzutreten." Hiezu waren vom Komitee, in Betracht der veränderten Verhältnisse, folgende Zusätze vorgeschlagen: „Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg, deren Anerkennung deutsche Lande in russische Hände zu liefern droht, sind in den Augen der Nation schon darum nichtig, weil das Volk der Herzogthümer ihn nicht will. Das deutsche Volk erwartet und verlangt die unverzügliche Einberufung der schleswig-holsteinischen Volksvertretung, ohne welche keinerlei rechtsgiltige Bestimmung über die Zukunft des Landes getroffen werden kann. Namentlich im Hinblick auf den ganzen bisherigen Gang der schleswig-holsteinischen Sache erscheint die Herstellung einer allgemeinen Volksvertretung, eines Parlaments der deutschen Nation als dringendste Nothwendigkeit, welche ja noch jüngst am 21. Dez. 1863 von 500 Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen ohne Rücksicht auf die sonstige Parteistellung feierlichst anerkannt worden ist. Nur auf diesem Wege kann das gute Recht und die Ehre Deutschlands den neuesten Ränken und Vergewaltigungen gegenüber gewahrt und wieder hergestellt werden." Es sprachen die Abgg. Kolb aus Speyer, Schenk und Lang aus Nassau, ferner Reisinger aus Wiesbaden. Sie sämmtlich betonten das Selbstkonstituirungsrecht des schleswig'schen Volks und forderten für die deutsche Nation ein Parlament. Die Resolutionen wurden einstimmig zum Beschluß erhoben.

Koblenz, 1. Aug. (Köln. Ztg.) Ihre Maj. die Königin hat gestern den Besuch des Fürsten zu Hohenzollern empfangen und im Schlosse Sayn bei dem Fürsten und der Fürstin von Wittgenstein gespeist. Heute ist Ihre Majestät nach Schwalbach zum Besuch bei der Kaiserin von Rußland abgereist und begibt sich von dort nach der Insel Mainau.

Hannover, 30. Juli. In einer gestrigen sehr zahlreich besuchten Bürgerversammlung für Schleswig-Holstein wurden die Frankfurter Resolutionen angenommen. — Die „Tagespost" schreibt: Der Oberleutnant a. D. Ranne, zur Zeit in Berlin, ist vom hiesigen königl. Amtsgericht wegen der von ihm herausgegebenen Broschüre: „Briefe aus den Welfischen Landen im 19. Jahrhundert" zur Untersuchung gezogen und dieserhalb seine Verhaftung verfügt worden. Wie wir hören, ist dieselbe bereits in Berlin auf Requisition der Kronanwaltschaft hierselbst vollzogen. Der Transport nach hier kann zur Zeit nicht stattfinden, da der ꝛc. Ranne krank darnieder liegt.

Oldenburg, 30. Juli. Die „Oldenburg. Ztg." modifizirt ihre gestrige Nachricht über die Sendung des Obersten v. Plate nach Wien dahin, daß derselbe dort einstweilen nur die Funktionen eines oldenburgischen Geschäftsträgers, dessen Stelle zur Zeit erledigt ist, übernehmen soll.

Lübeck, 30. Juli. (Lüb. Ztg.) Kapitän-Leutnant Burchardt, Führer des norwegischen Regierungs-Dampfschiffes „Viken", welches am 13. Juli den Zusammenstoß mit den Preußen in Fredrikshavn hatte, wurde seines Postens enthoben und durch Kapitän-Leutnant Möller ersetzt.

Kiel, 29. Juli. (Hamb. Nachr.) Gestern Morgen traf der Bundeskommissär Hr. v. Könneritz hier ein und wurde am Bahnhof von dem Bürgermeister empfangen. Wie wir hören, ist die Anwesenheit durch verschiedene Verhandlungen, welche Hr. v. Könneritz mit der herzogl. Landesregierung hatte, veranlaßt. Abends reiste er nach Altona zurück.

Sonderburg, 26. Juli. (Alton. Mrkr.) Den Bewohnern Sonderburgs wird nächstens ein Drittel der Brandentschädigungs-Gelder vorgeschossen werden, und haben sich schon einige Meister aus andern Städten des Landes eingefunden, um dort Bauten zu übernehmen, und werden von

der Behörde noch Mehrere gewünscht und sogar öffentlich erbeten. Hoffentlich wird denn bis zum Winter noch manches Haus aus seiner Asche erstehen. Auch eine Rektifizirung der Straßen wird möglichst vorgenommen und zu dem Ende einige alte und kleine Häuser von der Stadt angekauft und niedergerissen werden. Von der Pontonbrücke ab wird noch eine breite Straße angelegt werden, die in die Mitte der Stadt einmünden und Sonderburg sehr zur Zierde gereichen wird. Sonntag hatten wir hier ein Dampfschiff von Kappeln und Umgegend, das uns ungefähr 200 Fremde brachte, die uns Nachmittags 5 Uhr wieder verließen, nachdem sie der Stadt und dem befreiten Alsen ein dreifaches Hoch gebracht. — Von Flensburg geht heute das Dampfschiff „Diana" mit 40 Familien dänischer Beamten nach Kopenhagen ab.

Sylt, 28. Juli. (Nordd. Ztg.) Hier ist man jetzt bemüht, sich derjenigen Rathmänner, welche dem König Christian IX. gehuldigt haben, sowie einiger altersschwachen Landesbevollmächtigten, die der Neuzeit und deren Forderungen nicht mehr entsprechen können, zu entledigen. Doch geschieht dieses ohne alle Exzesse auf die glimpflichste Weise. Am schlimmsten sind augenblicklich die beiden Lister Bauern daran, von denen die Fleisch- u. a. Lieferungen für das hiesige österreichische Militär gefordert wird, weil List zu den jütischen Enklaven gehört. Sie müssen dabei gänzlich verarmen, wenn nicht die Militär- oder Zivilbehörde eine Milderung oder Aufhebung dieser Maßregel veranlaßt.

Berlin, 29. Juli. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Unsere Regierung hatte gegen das Ende vorigen Jahres Verhandlungen mit Bremen, Oldenburg und Hannover wegen Abschlusses einer Etappenkonvention eröffnet, um die militärische Verbindung des Jahdehafens mit dem preußischen Gebiet zu regeln. Die Benützung der Weser für den militärischen Transport war hierbei speziell ins Auge gefaßt. Während nun diese Angelegenheit mit den beiden erstgenannten Regierungen zur beiderseitigen Befriedigung erledigt worden ist, hat Hannover seit dem 15. Dezbr. v. J. noch nicht einmal auf den preußischen Antrag geantwortet. Schon bei den Verhandlungen über die Herstellung des deutschen Küstenschutzes versuchte Preußen vergebens, Hannover von der Nothwendigkeit einer direkten Eisenbahn von Minden nach Oldenburg zu überzeugen und die Genehmigung für die Durchführung des Schienenweges durch das hannover'sche Gebiet zu erhalten. Als Gegenvorschlag wurde die Anlage einer Bahn von Bremen nach Oldenburg und von da nach der Jahde empfohlen, obgleich Preußen bereits durch einen Vertrag mit Oldenburg sich zur Anlegung einer bestimmten Schienenverbindung verpflichtet hatte. Am wenigsten ist aber begreiflich, weßhalb selbst die Benützung der Weser für militärische Transporte in Hannover auf Bedenken stößt.

Berlin, 30. Juli. Der König wird in diesen Tagen in Gastein den Besuch eines österreichischen Erzherzogs erhalten, der die Einladung des Kaisers nach Wien wiederholen wird. Bei der Anwesenheit des Königs daselbst soll eine große Heerschau abgehalten werden. Möglich, daß während des Herbstmanövers des Gardekorps der Kaiser von Oesterreich einen Gegenbesuch in Berlin macht. Der König wird, nach den bisher getroffenen Dispositionen, am 23. Aug. nach Berlin zurückkehren. — Prinz Albrecht von Preußen (Vater) hat sich nebst Gefolge nach Cuxhaven begeben, um die österreichisch-preußische Flotte in Augenschein zu nehmen. Prinz Albrecht ist vom Kriegsschauplatz hier wieder eingetroffen. — Die „Weser-Ztg." ist gestern wegen eines Artikels über die Rendsburger Vorfälle hier polizeilich konfiszirt worden. — Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 25. Juli war die Kronprinz-Stiftung an diesem Tag auf 144,907 Thlr. angewachsen.

Berlin, 1. Aug. Die offiziöse „Norddeutsch. Allg. Ztg." bringt heute folgende Mittheilung über die Rendsburger Vorgänge aus Rendsburg, 30. v. M.:

Die „N. Hannov. Ztg." vom 25. d. M. sagt, „daß der behauptete Angriff der Hannoveraner auf preußische Posten am 18. v. M. und das Bedrohen der preußischen Lazarethe in den Baracken durch Bundestruppen eine reine Erfindung sei", weil darüber kein Bericht des hannover'schen Kommandanten vorliege. Selten ist aber wohl eine ärgere Entstellung thatsächlicher Vorgänge versucht worden, als in diesem Fall. Die Krankenwärter, Lazarethgehilfen und Posten, welche vor den Baracken standen, die preußischen Offiziere, welche mit ihren Mannschaften zu Hilfe eilten, sind amtlich vernommen worden, und es liegen also die Beweise über die Exzesse der hannover'schen Soldaten und ihre Angriffe auf die Lazarethe urkundlich vor. Dieser Angriff war schon am 17. v. M. beabsichtigt, er unterblieb aber, um am Tage darauf unternommen zu werden, und er würde auch ohne die schleunigen militärischen Vorkehrungen des preußischen Kommandanten im Kronwerk zur vollendeten Ausführung gekommen sein. Die folgende wahrheitsgetreue Schilderung einiger Vorfälle vor den Baracken wird den geringen Werth auch der andern Angaben der „N. Hannov. Ztg." erkennen lassen.

Am 18. v. M. machte sich in der Königsstraße, an welcher hart an dem Thor die zu Lazarethen eingerichteten Baracken belegen sind, ein sehr aufgeregtes Treiben bemerkbar. Hannover'sche Soldaten kamen in Trupps von 10 bis 20 Mann aus allen Theilen der Stadt herangezogen und stellten sich zum Theil auf der Straße, wo sie an den Baracken vorbeiführt, auf, theils füllten sie die beiden Straßen, welche sich der Länge nach an der Vorder- und Hinterfront der Baracken hinziehen. Durch diesen Auflauf wurden auch eine Menge Zivilpersonen herbeigezogen, so daß nach kurzer Zeit ein drohender Auflauf sich vor den Lazarethen gebildet hatte. Auf dem Platz vor denselben befand sich die von sächsischen Truppen besetzte Thorwache, welche indessen, wie auch die Hauptwache, nicht die mindeste Notiz von den tobenden Vorgängen nahm und sich im Lauf des Abends durchaus neutral verhielt. Die Kranken standen, soweit sie nicht durch ihren Zustand an Zimmer und Bett gefesselt waren, vor den Thüren der Baracken, und waren leider den gröbsten Insulten der Hannoveraner ausgesetzt, welche offenbar eine Veranlassung zum eigentlichen Ueberfall der Lazarethe provozirten. „Na, gestern haben wir's ihnen doch ordentlich gezeigt; da haben sie's gefühlt!" riefen die Hannoveraner unter Drohungen und Schimpfreden den Kranken durch die Fenster zu, schlugen mit Fäusten an dieselben, stießen die Rekonvaleszenten, rannten sie truppweise an, und zwangen sie dadurch, zum Schutz in die Baracken zurückzueilen. Eidlich ist die oft wiederholte nachfolgende Aeußerung der zügellosen Soldaten erhärtet: „Wir wollen Düppel besser stürmen wie die Preußen, wir wollen die Baracken."

Da die Bedrohungen sich jeden Augenblick, namentlich auch gegen die Lazarethbeamten steigerten, so eilte ein Lazareth-Revieraufseher nach der preußischen Piketwache im Kronwerk Rendsburgs mit der Bitte um Hilfe, da die schwachen Lazarethwachen dem gewaltsamen Andringen nicht länger Widerstand zu leisten vermöchten. Auf dem halben Wege traf er schon diese Wachtmannschaft im Laufschritt unter Anführung eines Offiziers nach den Baracken eilen, indem von einer andern Barackenwache Hilfe requirirt worden war. Gleichzeitig fanden zahlreiche Angriffe auf die Wachtposten vor den Baracken statt. Um nur einen Fall anzuführen, umringten die Hannoveraner den Posten vor der Baracke H., um ihn zu entwaffnen, bei welchem Versuch sich namentlich ein hannover'scher Unteroffizier auszeichnete.

Einer herbeieilenden preußischen Patrouille warfen sich zwei hannoversche Unteroffiziere mit gezogenem Säbel entgegen, welche indessen überwältigt und arretirt wurden. In demselben Augenblick stürzten sich drei hannover'sche Offiziere auf diese Patrouille, zogen dicht vor derselben die Säbel, hielten sie ihr entgegen und riefen: „Wer hat unsere Leute zu arretiren? Lassen Sie die Unteroffiziere los. Wir werden sie verhaften." Indem der Führer der Patrouille und die beiden Soldaten die Arrestanten losließen, um die über ihren Häuptern schwebenden Säbelhiebe zu pariren, entflohen die Verhafteten, von ihren Offizieren verfolgt, welche ihnen nachriefen, stehen zu bleiben. Sie besaßen aber gar keine Autorität. Die hannover'schen Offiziere befanden sich übrigens nicht im Dienstanzug und wären unfehlbar von den Preußen niedergestoßen worden, wenn sie dieselben nicht für preußische Artillerieoffiziere gehalten hätten. Der eine entwichene und von preußischen Posten arretirte hannover'sche Unteroffizier wurde vom hannover'schen Kommandanten, Oberstleutnant Dammers, in dessen Begleitung sich die drei Offiziere befanden, freigelassen.

Eine ganz eigenthümliche Erscheinung war es, daß die hannover'schen Vorgesetzten in diesem und in mehreren andern Fällen, so weit sie sich nicht beschränkten, als Zuschauer den verschiedenen Konflikten beizuwohnen, durch ihre Haltung vorzugsweise zur Steigerung der Konflikte beitrugen, abgesehen davon, daß sie bei ihren Soldaten nur geringe Autorität besaßen.

Wien, 30. Juli. Man schreibt der „N. Preuß. Ztg.": „Ueber das bisherige Totalergebniß der Verhandlungen erfährt man Folgendes. Als Friedensgrundlage ist von den Verbündeten aufgestellt die gänzliche Lostrennung der Herzogthümer, von Dänemark das Nationalitätsprinzip, also eine Grenzlinie in Schleswig nach dem Sprachunterschied. In der zweiten Sitzung am Dienstag nahm Dänemark die Friedensbasis der deutschen Großmächte im Grundsatz an, verlangte aber als Entschädigung für Lauenburg den nördlichen Theil Schleswigs, allerdings mit einer für Deutschland bessern Grenzlinie, als die in der Londoner Konferenz beantragte Schlei-Linie war. Die Dänen versuchten also, was bei einer Thür hinausgewiesen war, bei der andern wieder hineinzuschmuggeln, und erklärten dabei, einem kleinen Staat gegenüber, der so viel Territorium voraussichtlich einbüßen werde, wie gegenwärtig Dänemark, könne die Entschädigung für Lauenburg nur in Land, nicht in Geld oder anderen Aequivalenten bestehen, weil Dänemark sonst aufhören würde, ein lebensfähiger Staat zu sein. In diesem Stand scheint die Sache dem Wesentlichen nach sich auch heute noch zu befinden."

†† **Wien,** 1. Aug. Die Morgenblätter bringen bereits mehr oder weniger eingehende Mittheilungen über den Inhalt der Friedensgrundlagen, welche voraussichtlich noch heute von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet werden; und man wird zugeben müssen, daß Deutschland allen Grund hat, zufrieden zu sein. Wohl bleiben kleine Parzellen schleswig'schen Territoriums, aber kein Stück wirklich deutschen Landes bei Dänemark; aber selbst diese Konzession, welche wesentlich die fernab vom schleswig'schen Festlande liegende Insel Arroe und jenen nordwestlichen Winkel Schleswigs trifft, welcher die altdänische Stadt Ripen umschließt, wird mehr als aufgewogen dadurch, daß alle übrigen in Schleswig enklavirten Theile Jütlands an Schleswig abgetreten werden und gleichzeitig diejenigen Nordsee-Inseln, welche bisher halb Schleswig, halb Jütland angehörten, fortan ganz schleswigisch werden.

Der Rendsburger Konflikt steht noch immer unvermittelt da, und die Verhandlungen, welche in diesem Betreff der hiesige hannover'sche Gesandte mit Hrn. v. Bismarck zu führen hatte, sind ohne Resultat geblieben. Ueber alles Andere einigte man sich, und Preußen hatte so wenig eine Einwendung gegen die Mitbesetzung Rendsburgs durch hannover'sche, als Hannover seinerseits gegen die Betheiligung preußischer Truppen; aber der Ausgleich ist daran gescheitert, daß Hannover die einzig mögliche Genugthuung darin fand, daß vor der Hand die Besatzungsverhältnisse wieder auf den frühern Stand gebracht würden, und daß Preußen die auch nur momentane Zurückziehung seiner Truppen unbedingt ablehnte.

Frankreich.

Paris, 30. Juli. Lord Clarendon, welcher hier angelangt ist, soll mit der Vollmacht, gewisse zwischen Frankreich und England zu treffende Vereinbarungen einzuleiten, betraut sein. Gut unterrichtete Personen wollen bezweifeln, daß es ihm gelingen werde, Frankreich aus seiner abwartenden und zurückhaltenden Politik herauszutreiben.

Die „France" bespricht heute die Wiener Friedensverhandlungen, und zwar ganz im Sinne des Constitutionnelartikels.

Als Oesterreich und Preußen sich dem Bundestag substituirten — heißt es in dem Artikel —, beriefen sie sich auf die Nothwendigkeit, die in Deutschland sich kundgebenden Leidenschaften zu mäßigen. Es war dies ein löblicher Beweggrund, der zwar das Verfahren nicht legitimiren, doch erklären konnte. Stand das Benehmen der Mächte stets im Einklang mit diesem Programm? Suchten sie nicht ihren partikularistischen Ehrgeiz an die Stelle des Ehrgeizes des Deutschen Bundes zu setzen? — Die Abwesenheit eines Vertreters des Bundes bei der Wiener Konferenz hat in Deutschland eine sehr natürliche und, wie uns scheint, sehr begründete Erregung veranlaßt. Die Mächte scheinen in ihren Berichten an den Bundestag den Grundsatz der Geschäftsführung zur Anwendung zu bringen; sie besorgen die Geschäfte des Bundes ohne diesen, und vorkommenden Falles auch gegen ihn; sie behandeln ihn als einen Minderjährigen, als einen Schützling, — den Bund, welcher gleichwohl die einzige legale Autorität bildet, vor der sämmtliche Mitglieder der Konföderation sich beugen müssen; den Bund, dem in der Herzogthümerfrage allein ein Interventionsrecht zusteht.

Die „Revue Contemporaine" kehrt sich nun auch gegen die beiden deutschen Großmächte, und gibt in Bezug auf die Vorfälle von Rendsburg und deren fernere Folgen eine sehr warme Theilnahme für den Bund kund. Hauptsächlich bestreitet sie das Recht der beiden Mächte, als kriegführender Theil, allein, d. h. ohne Zuziehung des Bundes, die Friedensbedingungen feststellen zu wollen. Man berufe sich auf einen angeblich gleichen Präzedenzfall, die Abtretung der Lombardei im Jahr 1859. Doch sei ein wesentlicher Unterschied zu beachten. Franz Joseph sei der unbestrittene Souverän der Lombardei gewesen, und habe deßhalb auch über sie verfügen können. König Christian habe aber nie einen rechtmäßigen Anspruch auf die Herzogthümer besessen, und könne sie darum auch nicht abtreten. Schleswig-Holstein falle ganz natürlich seinem rechtmäßigen Souverän zu, den der Deutsche Bund allein zu bezeichnen das Recht habe. Auf der andern Seite könnten die Großmächte Deutschlands nicht das Recht der Eroberung anrufen, denn Holstein sei von ihnen gar nicht erobert worden. Noch weniger zu rechtfertigen sei die Haltung der beiden Mächte in der Erbfolge-Frage.

♂ **Paris,** 1. Aug. Der „Moniteur" widerlegt heute die Nachricht von einer demnächstigen Reise des Kaisers und der Kaiserin nach dem Elsaß und nach Lothringen. Da, wie aufs bestimmteste versichert werden kann, dieses Reiseprojekt bestand, so muß irgend ein Grund die spezielle Widerlegung veranlassen. Derselbe ist jedoch nicht bekannt. — Der „Abend-Moniteur" veröffentlicht nachfolgendes Schreiben, welches der Kaiser aus Vichy vom 31. Juli an den Minister des kaiserl. Hauses, Marschall Vaillant, richtet:

Mein lieber Marschall! Ich theile Ihnen einen Gedanken mit, der in mir während der Ruhe, deren ich hier genieße, auftauchte. Zwei große, ihrer Bestimmung nach sehr verschiedene Gebäude sollen in Paris errichtet werden: die Große Oper und das (Spital) „Hotel Dieu". Ersteres ist bereits begonnen, Letzteres ist noch nicht angefangen. Obwohl die Große Oper auf Staatskosten und das Hotel Dieu auf Kosten der Spitalverwaltungen und der Stadt Paris ausgeführt werden, werden beide nichtsdestoweniger für die Hauptstadt bemerkenswerthe Monumente sein; da sie aber sehr verschiedenen Interessen gewidmet sind, so möchte ich nicht, daß das eine namentlich bevorzugt erscheine. Die Kosten für die „kaiserl. Akademie der Musik" übersteigen leider die Voranschläge, und man muß den Vorwurf vermeiden, Millionen für ein Theater verwendet zu haben, wenn der Grundstein des populärsten Spitals von Paris noch zu legen ist. Veranlassen Sie daher, ich bitte, den Seinepräfekten, bald die Arbeiten des „Hotel Dieu" beginnen zu lassen, und leiten Sie die Arbeiten der Großen Oper so, daß sie nur gleichzeitig beendigt werden. Ich erkenne, daß diese Kombination keinerlei praktischen Vortheil hat, aber vom moralischen Standpunkt aus setze ich großen Werth darein, daß das dem Vergnügen geweihte Monument nicht vor dem Asyl des Leidens erstehe. Empfangen Sie ꝛc. Napoleon.

Dem Vernehmen nach hat Hr. Drouyn de Lhuys unter dem 28. v. M. an die Vertreter Frankreichs zu Wien und Berlin eine Depesche gerichtet, um von den beiden Kabinetten Aufklärungen über den Ausschluß des Deutschen Bundes von den Wiener Verhandlungen zu erbitten. — Baron Ricasoli ist in Paris eingetroffen. Nach Berichten aus Turin dürfte General Lamarmora kaum mehr nach Neapel zurückkehren, sondern, wie es scheint, den General La Rovere als Kriegsminister ersetzen. — Die Annäherung des Napoleonsfestes vom 15. Aug. läßt sich verspüren. Auf dem Concorde-Platze stellt man Flaggenstangen auf, auf der Invaliden-Esplanade errichtet man die Volkstheater, wo diesmal Mexiko eine Hauptrolle spielen wird.

Wie schon angedeutet, hat Hr. v. Sartiges bei dem Kardinal Antonelli neue Schritte gethan, um die Entfernung Franz II. aus Rom zu erlangen. Die „Patrie" erfährt nun heute, daß (nachdem der von Garibaldianern gefaßte Plan, den König in Albano aufzuheben, entdeckt und vereitelt wurde) eine Italien befreundete Regierung Franz II. zwei Millionen jährlich und Zurückerstattung seiner Güter anbieten ließ, wenn er sich nach Bayern zurückziehen wolle. Franz II. lehnte ab. — Der bekannte Pariser Buchhändler Hachette ist gestorben.

Die Börse war fest, obgleich die Consols aus London, wo man morgen die Erhöhung des Disconto's auf 8 Proz. erwartet, mit ¼ Baisse kamen. Rente bleibt 66.35 (incl. 35 c. Report), Mob. 983, ital. Anl. 67.95.

Belgien.

Brüssel, 30. Juli. (N. Fr. Ztg.) Das Manifest der Klerikalen, welches heute die Blätter veröffentlichen, ist nur von 12 Mitgliedern der Rechten unterzeichnet und verhüllt unter bereits bis zum Ueberfluß abgenutzten Angriffen gegen die liberale Partei, sowie das Ministerium Rogier-Frère eine ziemlich mißlungene Beschönigung des parlamentarischen Strikes der Klerikalen. Daß das Manifest keine weitere Wirkung haben wird, als das bereits im Sinken begriffene Ansehen der klerikalen Partei nur noch mehr abzuschwächen, läßt sich voraussehen, und die allenthalben im liberalen Sinn sich kundgebende Wahlbewegung dürfte die beste Antwort auf diesen „Appel au pays" sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Juli. (Nat.-Ztg.) Morgen, spätestens übermorgen, wird der dänische Reichstag zum 7. Aug. einberufen werden. Es wurden nämlich beide Abtheilungen des Reichstages im Hinblick auf die Kriegszustände vorzeitig aufgelöst, damit die Volksthingswahlen am 7. Juni d. J. vollzogen werden konnten. Der §. 27 bestimmt für solche Fälle ausdrücklich, daß der Reichstag innerhalb zweier Monate einberufen werden muß, und dies wird denn jetzt geschehen. Der Zusammentritt des Reichstages ist jedoch rein

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

formell, und man meint sogar, daß das Reichtags-Volksthing sich nicht einmal konstituiren wird, um die Mandate zu prüfen. Die meisten Mitglieder des versammelten dänisch-schleswig'schen Reichsraths gehören bekanntlich zugleich dem dänischen Reichstage an.

„Flyveposten" sagt: „Was den Abschluß eines Waffenstillstandes anbelangt, so heißt es, daß die deutschen Großmächte die Besetzung einiger Punkte in Jütland, worunter Fridericia und Aarhuus genannt werden, verlangen. Daß die Verhandlungen darüber Schwierigkeiten darbieten werden, ist vorauszusehen." — Der Redakteur des Stockholmer „Aftonbladet", Magister Sohlmann, hält sich augenblicklich hier auf. „Flyveposten" meldet dies mit dem Hinzufügen: „Es ist dies, so viel bekannt, das zweite Mal in Zeit von einigen Monaten, daß der Führer der Stockholmer Skandinavisten, der Verfasser der „22,000 Mann und Er Selbst", die Hauptstadt mit seiner Anwesenheit beehrt hat."

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 21. Juli. (Russ. Bl.) Die Kuppel der Verklärungskirche ist eingestürzt. Eine der vier Granitsäulen, welche jene Kuppel trugen, brach, und die Untergewölbe der Kirche wurden dadurch an zwei Stellen eingedrückt. Zum großen Glück hatten die Arbeiter kurz vorher ihre Reparaturen eingestellt; bloß zwei wurden unter den Trümmern der Kuppel zerschmettert; aber die Unvorsichtigkeit des Publikums hat das Unheil zu einer gräßlichen Katastrophe gestaltet. Das Ereigniß hatte eine solche Masse Neugieriger angelockt, daß jeder Verkehr zwischen dem Ort der Katastrophe, der Straße und der Kirche vollständig gehemmt ward; die Polizei war außer Stand, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im Moment, wo die Masse am dichtesten gedrängt stand, krachte es im Innern des eingebrochenen Baues; Entsetzen befiel die Menge, und dieser Menschenknäuel wälzte sich nun aus der Kirche heraus. Alsbald waren alle Ausgänge verstopft, und plötzlich brach sodann, durch den furchtbaren Andrang dieser Tausende, die ganze Kirche zusammen. Die Zahl der Opfer ist noch unermittelt.

Großbritannien.

* **London,** 30. Juli. Der Wunsch nach einem herzlichen Einvernehmen mit Frankreich, der im Parlament so oft laut geworden ist, läßt sich in allen Blättern bei jeder Gelegenheit hören. Auch die „Saturday Review" schließt einen Artikel über die heil. Allianz mit der Erklärung, daß England und Frankreich auf einander angewiesen seien, wenn sie in Europa einen politischen oder moralischen Einfluß üben wollen. „Daily News" ruft: „Noch ist Dänemark nicht verloren!" Das liberale Blatt glaubt in allem Ernst, daß die Uneinigkeit Deutschlands in offenem Kampf ausbrechen und den Dänen zu ihrem „Eigenthum" zurückverhelfen werde. Es sei wenigstens nicht unwahrscheinlich.

* **London,** 1. Aug. Die „Times" versichert, daß England durch seine friedliche Politik in Europa mehr Einfluß gewonnen hat, als es durch den Krieg gethan haben würde. Die „Morning Post" meint, Preußen wolle sich die Herzogthümer annexiren und die liberalen Institutionen im Norden Europa's vernichten.

Amerika.

Neu-York, 21. Juli. (N. Fr. Ztg.) „Neu-York Times" und „Herald" veröffentlichen eine Depesche, nach welcher Horace Greely (Eigenthümer der „Tribune" und Freund Lincoln's), sowie der Geheimsekretär Lincoln's, Hay, im Namen des Präsidenten der Union mit mehreren Politikern des Südens Zusammenkünfte hatten, zu dem Zweck, die Eröffnung von Friedensunterhandlungen anzubahnen. Diese Zusammenkünfte hätten bei den Niagarafällen auf canadischem Gebiet stattgefunden.

Mehrere Treffen haben in Maryland zwischen der Armee Hunter's und den auf dem Rückzug begriffenen Südstaatlichen stattgefunden. Die Letzteren verloren dabei 4 Kanonen und einen großen Theil der von ihnen gemachten Beute. Südliche Depeschen von Charleston melden, daß die Unionisten wieder von James Island nach Morris Island und deren Kanonenboote durch die südstaatlichen Batterien in den Stonofluß zurückgetrieben worden seien, jedoch sei nur ein Monitor beschädigt worden.

Die südlichen Blätter aus Atlanta schildern die Lage der Stadt als sehr gefährlich. Die Kavallerie des unionistischen Generals Sherman suche die Eisenbahn-Verbindung zwischen Atlanta und Augusta abzuschneiden. In Kentucky sollen 5- bis 15,000 Mann Südstaatliche eingefallen sein.

Der Kriegsminister Stanton soll seine Demission eingereicht haben.

* **Neu-York,** 22. Juli. (Per „Peruvian".) Es geht das Gerücht, General Sherman habe Atlanta besetzt. Die HH. Clay und Halcomb, halboffizielle Repräsentanten der Regierung des Südens, hatten Hrn. Horace Greely benachrichtigt, daß sie wünschten, sich nach Washington zu begeben, um über die Friedensvorschläge zu unterhandeln, obgleich sie nicht von der südstaatlichen Regierung für diese Mission akkreditirt wären. Hr. Lincoln erwiederte, durch Vermittlung des Hrn. Greely, daß die Regierung jeden Vorschlag, der den Frieden auf Grundlage des Fortbestehens der Union und des Aufgebens der Sklaverei wiederherstellen könnte, entgegennehmen und liberal berathen lassen werde. Die HH. Clay und Halcomb weigerten sich alsdann nach Washington zu gehen, weil, wie sie sagten, die Antwort des Hrn. Lincoln, indem sie die Friedensbedingungen feststelle, jede Unterhandlung wegen des Friedens hindere. Sie fügten hinzu, daß, wenn die Unterwerfung des Südens unter Eroberungsbedingungen allein den Frieden herbeiführen könne, die Generation, welche die Wiederherstellung des Friedens erleben solle, noch nicht geboren sei.

Baden.

♂ Heidelberg, 2. Aug. Unser bescheidenes Stadttheater bietet uns gegenwärtig außergewöhnliche Kunstgenüsse. Die hervorragendsten Mitglieder der italienischen Oper aus Paris weilen gegenwärtig hier und haben bereits zwei Opern aufgeführt: „Il Barbiere di Seviglia" und „Lucia di Lammermoor". Heute werden sie erstgenannte Oper noch einmal aufführen und dann nach Baden-Baden sich begeben. — Am kommenden Freitag den 5. d. M. wird uns wieder ein seltener Genuß anderer Art zu Theil und sicher viele Neugierige von nah und fern anziehen. Auf Veranstaltung Sr. Königl. Hoheit des Erbgroßherzogs von Weimar, der seine hiesigen Studien zu Ende dieser Woche beschließt und Heidelberg verläßt, wird (wie bereits angedeutet) die hiesige Schloßruine mit bengalischen Flammen erleuchtet werden.

♁ Mannheim, 1. Aug. Ihre Maj. die Königin von Preußen mit Gefolge ist heute Abend nach 7 Uhr im strengsten Inkognito hier eingetroffen und im Gasthof zum „Europäischen Hof" abgestiegen. Ihre Majestät wird morgen früh die Reise über Freiburg und Konstanz nach der Insel Mainau zum Besuch der großh. Familie fortsetzen.

Vermischte Nachrichten.

— In München ist ein „Pastoralschreiben der in Bamberg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns an den Klerus und an das Volk ihrer Diözesen" im Druck erschienen. Es beschäftigt sich lediglich mit Renan's „Leben Jesu".

— Leipzig, 28. Juli. Bekanntlich wurde bei Gelegenheit der Oktoberfeier im vorigen Jahr in einer Versammlung der dazu hier anwesenden Vertreter deutscher Städte die Begründung eines „Deutschen Städtetags", d. h. einer geregelten Vereinigung der deutschen Städte durch ihre gesetzlichen Organe, behufs Berathung und Förderung gemeinsamer Interessen beschlossen. Die weitern Einleitungen dazu legte man in die Hände einer Kommission von Städtevertretern, mit deren Bildung man den Bürgermeister Leipzigs, Dr. Koch, betraute. Als nächste sichtbare Frucht dieser Vorbereitungen liegt jetzt der „Entwurf eines Statuts für den Deutschen Ständetag" vor, aus dessen Bestimmungen wir die folgenden entnehmen: §. 1. Der Zweck des Deutschen Städtetags ist die Vereinigung der deutschen Städtegemeinden a. zur Förderung und Befestigung ihrer Selbstverwaltung, b. zur möglichsten Herbeiführung grundsätzlicher Uebereinstimmung in den deutschen Gemeindeverwaltungen, c. zur Einführung gemeinsamer Einrichtungen für gemeindliche Interessen. — §. 2. Nur Städtegemeinden als solche, nicht aber einzelne Mitglieder derselben können die Mitgliedschaft am Deutschen Städtetag erwerben. — §. 5. Der Deutsche Städtetag versammelt sich in der Regel alle zwei Jahre einmal. Außerordentliche Versammlungen können vom ständigen Ausschuß ausgeschrieben werden, sobald er sie für nothwendig erachtet, und sind von demselben auszuschreiben, wenn der zehnte Theil der durch die Mitglieder des Städtetags vertretenen Stimmen darauf anträgt. — §. 6. Die ordentlichen wie außerordentlichen Versammlungen sind, dafern die Ortslokalitäten dies gestatten, öffentlich. Die Oeffentlichkeit wird auf Beschluß des Vorstandes, sowie auf Antrag des zehnten Theils der in der Versammlung vertretenen Stimmen ausgeschlossen, so lange nicht die Versammlung das Gegentheil beschließt. — §. 7. Jede deutsche Städtegemeinde, welche dem Städtetag als Mitglied angehört, kann durch einen oder mehrere Abgeordnete an den Versammlungen Theil nehmen. Die letztern sind durch den Magistrat der von ihnen vertretenen Gemeinde mit gehöriger Legitimation zu versehen. — §. 8. Das Stimmrecht wird nach Verhältniß der Einwohnerzahl der dem Städtetag als Mitglieder angehörenden Städtegemeinden dergestalt festgestellt, daß bei einer Einwohnerzahl 1) bis zu 10,000 Einwohnern 1 Stimme, 2) von 10,000 bis zu 50,000 Einwohnern 2 Stimmen, 3) von 50,000 bis zu 100,000 Einwohnern 3 Stimmen, 4) von 100,000 bis zu 300,000 Einwohnern 4 Stimmen, und 5) von über 300,000 Einwohnern 5 Stimmen für das Mitglied entfallen. Das Stimmrecht übt, wenn ein Mitglied sich durch mehrere Abgeordnete vertreten läßt, nur einer derselben durch die vom Vorstand auszugebende Stimmkarte aus. — §. 11. Den berathenden Versammlungen des Städtetags gehen in der Regel Abtheilungsberathungen voraus. Zu diesem Zweck werden durch freiwillige Einzeichnung der Theilnehmer 5 Abtheilungen gebildet: 1) für Verfassungssachen, 2) für Gewerbs- und Verkehrssachen, 3) für Polizeisachen, 4) für Finanzsachen, 5) für Statistik und gemeinnützige Einrichtungen. In den Abtheilungsberathungen ist die Theilnahme eine persönliche, so daß mehrere Vertreter eines Mitglieds an verschiedenen Abtheilungen sich betheiligen können. Die Abstimmungen erfolgen in denselben nicht nach dem Stimmenverhältniß der Mitglieder, sondern nach der Kopfzahl. — §. 14. Mit dem Schluß der Versammlung geht die Leitung der Geschäfte des Städtetages auf den ständigen Ausschuß über. Derselbe besteht aus dem Vorstand der letzten ordentlichen Versammlung und 5 von derselben zugewählten Mitgliedern. Die Dauer seiner Amtsführung währt bis zur nächsten ordentlichen Versammlung. — §. 19. Die durch den Städtetag veranlaßten Kosten werden antheilig nach dem Verhältniß der Einwohnerzahl der demselben als Mitglieder angehörigen Städtegemeinden aufgebracht. Die Ergebnisse der letztvorhergegangenen Volkszählung, jedoch mit Ausschluß des Militärs, sind bei Feststellung dieses Beitragsverhältnisses maßgebend. Der ständige Ausschuß vertheilt hiernach die Gesammtsumme des Bedarfs auf die Mitglieder. Dieselben haben die auf sie entfallenden Beiträge portofrei an den Ausschuß einzusenden. — §. 20 und 21 handeln über Statutenänderung, Auflösung des Städtetages und Verfügung (in solchem Fall) über das Vermögen des Städtetags.

— Hannover, 29. Juli. Der hannover'sche Handelstag, von fast allen Handelskorporationen des Landes durch einen oder mehrere Deputirten beschickt, wurde heute im Börsensaale eröffnet. In der Zollvereins-Frage wurde zunächst beschlossen, die Regierung zu ersuchen, daß im Sinne der Resolutionen der beiden deutschen Handelstage eine Reform der Zollvereins-Verfassung herbeigeführt werde. Nach längerer Debatte wurde dann eine Resolution genehmigt, des Inhalts, der Handelstag habe mit Befriedigung die Nachricht vom Verbleiben Hannovers im Zollverein und von der Zustimmung zum Handelsvertrag vernommen, beklagte, daß durch die Zögerung Hannovers dem Lande tiefe Wunden geschlagen und dadurch das Präzipuum nur zur Hälfte wieder erlangt, dem Lande die höchst lästige Salzsteuer aufgebürdet sei, deren Wiederbeseitigung die Regierung schon auf der nächsten Zollvereins-Konferenz beantragen möge. Ferner sprach der Handelstag die Ueberzeugung aus, daß die noch bestehenden Uebergangszölle im Innern des Zollvereins dem Verkehr schädlich und deßhalb auf deren allmälige Beseitigung Bedacht zu nehmen sei. Wegen Errichtung von Provinzial-Handelsvereinen wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, den bestehenden Handelsvereinen in den größern Städten des Landes den Charakter von Handelskammern, welche bei Einführung des Handels-Gesetzbuches in Aussicht gestellt sind, zu verleihen und damit diesen Vereinen eine deren freie Bewegung nicht beschränkende Kompetenz den Behörden gegenüber zu gewähren. Ferner hält der Handelstag es für dringend geboten, daß in den Provinzen Provinzial-Handelsvereine gebildet werden, und gibt den Handelsvereinen anheim, das Erforderliche zu veranlassen.

— Der preußische Staatsminister a. D. Graf Pückler, ein Greis von 72 Jahren, wurde am letzten Donnerstag in einem seiner Forste bei Schedlau in Schlesien überfallen, niedergeworfen, geknebelt und seiner Brieftasche mit 100 Thlrn., des Portemonnaie's mit 30 Thlrn., seiner Uhr, sowie sämmtlicher Kleidungsstücke beraubt. Der Graf hatte seinen Wagen verlassen, um durch den Wald einen kürzern Weg nach Gurau zu gehen. Er wurde von einem seiner Jäger aufgefunden. Die Thäter sollen ergriffen sein. Der Zustand des Grafen wird bis jetzt nicht für lebensgefährlich gehalten, obgleich seine Wunden keineswegs unbedeutend sind. [Aus einer Zuschrift des Grafen Pückler an die „N. Pr. Ztg." ersehen wir, daß ihm glücklicher Weise keine edlern Organe verletzt worden sind. „Zu dem unerwartet günstigen Ausgang der Katastrophe — sagt er schließlich — gehört, daß die Stücke, deren Verlust ich unter den geraubten Gegenständen am schmerzlichsten beklagte, nämlich der Trauring, den ich durch länger als 38 Jahre nicht von der Hand gelassen, und ein Medaillon von der Gnade Ihrer Maj. der Königin Augusta, welches ich an der Uhr getragen, den bereits in Brieg ergriffenen Verbrechern wieder abgenommen worden sind."]

— Wien, 28. Juli. Zur Erinnerung an das bei Helgoland stattgehabte Seegefecht hat Graf Wilhelm v. Reichenbach-Lessonitz ein Kapital von 12,500 fl. zur Gründung einer Stiftung für Invaliden, dann für Wittwen und Waisen von vor dem Feind gebliebenen Kriegern der österreichischen Kriegsmarine gewidmet. Diese Stiftung soll zufolge kaiserl. Anordnung den Namen Wilhelm Graf v. Reichenbach-Lessonitz'sche Marine-Invaliden-Stiftung tragen. — Andreas Fay, der Nestor der ungarischen Literatur, ist am 26. d. M., Morgens, im Alter von 78 Jahren verschieden.

— Hr. Gounod, der Komponist des „Faust", der sich seit einiger Zeit in einer Heilanstalt zu St. Cloud befand, hat letzter Tage in's Irrenhaus zu Bicêtre gebracht werden müssen.

Nachschrift.

Telegramme.

Dresden, 1. Aug. (W. T.-B.) In der Abgeordnetenkammer wurde heute die Anfrage gestellt, welche Schritte die sächsische Regierung bezüglich der Vorgänge in Rendsburg gethan habe? Hr. v. Beust theilte die in der letzten Bundestags-Sitzung von Sachsen abgegebene Erklärung mit, worauf die Kammer erklärte: „Die durch den Mißbrauch überlegener Gewalt erfolgte Besetzung Rendsburgs durch preußische Truppen ist eine Verletzung der Rechte des Deutschen Bundes und eine Kränkung der Ehre deutscher Bundestruppen", — und beschloß, gegen diesen von einer deutschen Bundesmacht vollzogenen Gewaltakt Verwahrung einzulegen.

† **Dresden,** 2. Aug. Ein Extrablatt des „Dresden. Journ." bringt ein Wiener Telegramm folgenden Inhalts: „Gestern wurde der Friedenspräliminar-Vertrag auf Grund der Abtretung aller Rechte des Königs von Dänemark auf Holstein, Schleswig und Lauenburg unterzeichnet. Ebenso ein Protokoll über einen Waffenstillstand, der bis zum Abschluß des Friedens dauert; während des Waffenstillstandes dauert die Besetzung und Verwaltung Jütlands durch die Verbündeten fort.

Paris, 2. Aug. (Sch. M.) Der „Moniteur" veröffentlicht die kaiserl. Entscheidung in der Angelegenheit des Suezkanals. Die der Gesellschaft zu leistende Entschädigung ist auf 84 Mill. festgesetzt.

Neu-York (ohne Datum). (Sch. M.) Hr. Greely (derselbe, der angeblich im Auftrag Lincoln's in Canada mit südstaatlichen Staatsmännern über den Frieden verhandelt hat,) veröffentlicht in der Tribüne eine Erklärung, worin er sagt, die Herstellung des Friedens sei nicht so schwierig und nicht so fern, als man vermuthe.

Karlsruhe, 2. Aug. Bei der heutigen Serienziehung der badischen 50-fl.-Loose sind folgende Nummern gezogen worden:

Nr. 1. 11. 31. 40. 57. 81. 87. 92. 121. 144. 182. 216. 234. 258. 260. 267. 278. 284. 323. 335. 348. 361. 386. 469. 497. 502. 508. 514. 518. 526. 528. 535. 559. 576. 577. 607. 624. 660. 663. 687. 691. 729. 732. 736. 739. 773. 779. 801. 822. 829. 864. 880. 886. 888. 913. 918. 920. 940. 942. 946. 957. 978. 990.

Wien, 1. Aug. Bei der heute stattgefundenen Serienziehung der österreichischen 500-fl.-Loose von 1860 wurden folgende 55 Serien à 20 Loose gezogen: Serie 548, 549, 670, 737, 1042, 1452, 1821, 2110, 2155, 2593, 2630, 3000, 3324, 4275, 4782, 5040, 5247, 5615, 6073, 6281, 6543, 6937, 7836, 8036, 8319, 8543, 8875, 9958, 10,369, 11012, 11.622, 12,741, 12,891, 13421, 13,095, 13,220, 13,736, 14012, 14,312, 15365, 15,715, 16,467, 16,510, 16,708, 16,887, 17,411, 17416, 17,755, 17,600, 17,869, 18,193, 18,222, 18,459, 19,640, 19,876. Die Gewinnziehung erfolgt am 2. November c. — Von der ältern Staatsschuld wurde Serie 371 gezogen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. Aug.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,17'''	+16 0	S.W.	rein	heiter, mild
Mittags 2 „	27" 11,00'''	+24 0	„	schw. bew.	„ heiß
Nachts 9 „	„ 11,00'''	+18,0	„	„ „	„ warm

Maxau, 2. Aug. Rheinwasser-Wärme 18½ Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 4. Aug. 3. Quartal. 75. Abonnementsvorstellung. **Die Alten und die Jungen;** Lustspiel in 1 Akt, von H. Lorm. Hierauf: **Der Geizige;** Lustspiel in 5 Akten, von Molière, nach Dingelstedt's Bearbeitung und Uebersetzung.

Sonntag 7. Aug. 3. Quartal. 76. Abonnementsvorstellung. **Lohengrin;** große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.m.391. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen **Prüfungen** am Karlsruher Lyceum werden mit dem 8. d. M. beginnen und den 13. mit dem Schlußakt zu Ende gehen.

Voran geht den 6. August die zweite Vertheilung des von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog gestifteten **Fichte-Preises.**

Die Freunde der Anstalt werden hiemit zu diesen Schulfesten freundlichst eingeladen.

Karlsruhe, den 2. August 1864.

Direktion des großherzoglichen Lyceums.

Z.m.354. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß **vom 1. kommenden Monats an** für den **direkten Güterverkehr** zwischen der **großh. Staats-Eisenbahn** und der **Main-Neckar-Bahn** einerseits und den **französischen Ost-, West-, Nord-, Orleans- und Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahnen** an Stelle der bisherigen Bestimmungen **neue Tranportvorschriften** und ein **neuer Tarif** in Anwendung kommen werden.

Ueber die Stationen, welche dieser direkte Verkehr umfaßt, sowie die für denselben maßgebende Tarif- und Waarenklassifikation und sonstigen Transportvorschriften wird bei sämmtlichen großh. Güterexpeditionen nähere Auskunft ertheilt, wie auch bei denselben Expeditionen Exemplare fraglichen Tarifs gegen Ersatz der Anschaffungskosten abgegeben werden.

Karlsruhe, den 27. Juli 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Poppen.
Schneider.

Wirthschafts-Gesuch.

Z.m.321. Eine gangbare Wirthschaft wird sogleich zu pachten gesucht. Offerten besorgt die Expedition der Karlsruher Zeitung unter Chiffre K. L. N. 32.

Z.m.123.

Bekanntmachung.

Die K. K. priv. allgemeine österr. Boden-Kredit-Anstalt in Wien macht hiermit bekannt, daß sie mit der Emission ihrer **steuerfreien,** 5prozentigen, **in Silber** verzinslichen und binnen längstens 50 Jahren **al pari in Silber** rückzahlbaren Pfandbriefe begonnen hat.

Dieselben werden in Stücken von 1000 — 500 — 400 — 300 — 200 — und 100 Gulden österr. Währung in Silber ausgegeben, und sind mit halbjährigen Zinscoupons versehen.

Die Rückzahlung erfolgt al pari in Silber, ohne jeglichen Abzug, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel des Tilgungsfonds, der aus den annuitätsweisen Kapitalsrückzahlungen der Hypothekarschuldner gebildet wird.

Die Pfandbriefe lauten in der Regel auf Inhaber, werden aber auf Verlangen auch auf bestimmte Namen ausgestellt, und können in den österreichischen Staaten zu Anlagen von Kapitalien öffentlicher Verwaltungen, und von Pupillar- und Depositengeldern verwendet werden.

Jeder Pfandbrief wird entweder von dem durch Se. K. K. Apostolische Majestät ernannten Gouverneur oder einem Direktor, dann von einem Verwaltungsrath unterfertigt, sowie mit der Bestätigung des kaiserlichen Regierungskommissärs und eines Censors über die statutenmäßige Bedeckung des Pfandbriefes versehen.

Für die pünktliche Verzinsung und Rückzahlung der Pfandbriefe haften das gesammte Vermögen der Anstalt und insbesondere auch die von derselben erworbenen Hypotheken, deren Gesammtbetrag, inclusive der neben ihnen eventuell bestehenden Reserven, jederzeit die Summe der ausgegebenen Pfandbriefe mindestens erreichen muß.

Die Darlehen der Anstalt auf Hypotheken dürfen höchstens bis zur Hälfte des statutenmäßig ermittelten Werthes derselben sich erstrecken, — auf Wälder und andere auf Anpflanzungen beruhende Objekte ein Drittel nicht übersteigen.

Die Zinsen werden gegen Beibringung der fälligen Coupons und die zur Rückzahlung verloosten Pfandbriefe gegen Rückgabe derselben ohne jeglichen Abzug an den Kassen der Anstalt in Wien und Paris, sowie auch bei der königl. württ. Hofbank in Stuttgart, den Herren Rob. von Frölich u. Cie. in München, Chr. von Frölich u. Söhne in Augsburg, Lödel u. Merkel in Nürnberg, **G. Müller & Sons.** in **Karlsruhe** und Gebr. Bethmann in Frankfurt a. M. in **effektivem** Silber ausbezahlt, bei welchen Stellen die Pfandbriefe bis auf weiteres zum Emissionskurse bezogen werden können.

Wien, den 7. Juli 1864.

Der Gouverneur der k. k. priv. allg. österr. Boden-Kredit-Anstalt.
(gez.) **Graf Almasy.**

Bezugnehmend auf vorstehende Annonce zeigen wir hiermit an, daß uns die Agentur der Oesterreichischen Boden-Kredit-Anstalt für das Großherzogthum Baden übertragen ist und oben bezeichnete Pfandbriefe dieser Anstalt zum Kurs von 87 % in österr. Silber bei uns bezogen werden können.

Karlsruhe, den 9. Juli 1864.

G. Müller & Cons.

Z.m.348. Karlsruhe.

Fichtennadel-Cigarren.

Die Unterzeichneten beehren sich, einem wohllöblichen Publikum zur Kenntniß zu bringen, daß, anfangend mit **Sonntag** dem 31. Juli d. J., die von

Laz. Morgenthau in Mannheim

erfundenen, mittelst Ministerialreskript vom 24. Juni 1864, Regierungsblatt Nr. XXVII, für das Grohherzogthum Baden patentirten **Fichtennadel-Cigarren,** zum Preis von 3 und 6 kr. per Stück, bei ihnen zu haben sind.

Die Nr. I à 3 kr. ist als eine sehr leichte, wohlschmeckende Cigarre, besonders Kranken, die an Heiserkeit, Brustverschleimungen, chronischen Katarrhen, überhaupt an Auflockerung der Schleimhäute leiden, sehr zu empfehlen, wogegen die Nr. II à 6 kr., etwas stärker in Qualität, den Rauchern zu empfehlen ist, die mit einer feinen Cigarre die Wohlthaten der Fichtennadel-Präparate genießen wollen.

Zu geneigtem Zuspruch halten sich bestens empfohlen

Zollikofer & Schollenberger.

Z.k.828. Karlsruhe.

Nach New-York

jede Woche **zweimal** per Dampfboot zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Rabus & Stoll in Mannheim.
Franz Perrin Sohn in Karlsruhe.

Z.m.252.

Neue

Schiefertafeln,

Neue künstlich präparirte Schieferstifte und neue Tafelwischer

von

A. W. Faber

in Stein bei Nürnberg.

Diese neuen Schiefertafeln sind von den königlichen Kreisregierungen in Bayern, sämmtlichen Distriktspolizeibehörden, Stadtmagistraten, Distrikts- und Lokalschulinspektionen, dann auch bereits von vielen Schulbehörden in andern deutschen Ländern, sowie auch im Auslande zur Einführung und zum Gebrauche in den Schulen empfohlen.

Diese Tafeln zeichnen sich vor allen andern durch Dauerhaftigkeit und Reinheit und Glätte des Schiefers aus; sie werden **ohne** und **mit Linien,** letztere **nach jedem beliebigen Liniensystem,** geliefert.

Die Linien sind unzerstörbar.

Man hat versucht, an die Stelle der Schiefertafel die Blechtafel, Holztafel oder Papptafel zu setzen; allein diese Fabrikate führen im Gebrauche so viele Nachtheile nach sich, wie z. B. Verbiegung, Abspringen, Abwaschen und völlige Abnützung des Lacküberzugs, daß sie nicht im Stande sind, die Tafel von Schieferstein zu ersetzen.

Die **künstlich präparirten Schieferstifte** sind von einer ganz reinen Masse und schneiden nicht wie die natürlichen in die Tafeln ein.

Mit den **Wischern** wird die Schrift schnell und spurlos **ohne Nässe** von der Tafel weggebracht.

Diese neuen Schiefertafeln, künstlich präparirten Schieferstifte und Tafelwischer sind durch alle Grossisten und in allen Schreib- und Zeichnenmaterialienhandlungen des In- und Auslandes zu haben.

Kaufantrag.

Z.m.307. Ein bedeutendes, sehr rentables En-gros- und Detail-Geschäft in einer der größten Städte der deutschen Schweiz wird unter günstigen Bedingungen einem soliden Käufer, der eine ziemliche Anzahlung zu leisten und den Rest gut zu versichern im Stande ist, abgetreten.

Nähere Auskunft ertheilt der Eigenthümer mit Vergnügen auf frankirte Anfragen, die man, mit M. B. 1612 bezeichnet, der Expedition dieses Blattes zur Beförderung übergeben wolle.

Z.m.388. Diersburg.

Wein-Verkauf.

Bei der Gutsverwaltung **in Diersburg,** Station Niederschopfheim, liegen ungefähr **600 Ohm Weine** von den Jahren 1857, 1862 und 1863, worunter ein größeres Quantum **Rother,** zum Verkauf. — Mehrere **Fässer Kirschen** und ein größeres Quantum **Nuß** in Schalen.

Z.m.333. Rastatt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für die königl. preuß. Garnisonanstalten in dem Zeitraum vom 1. Januar 1865 bis ulto. Dezember 1867 erforderlich werdenden Ruhrer Fettkohlen von circa 10,400 Zentner pro Jahr soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungsofferten sind nach genommener Einsicht der in unserem Geschäftszimmer, Hauptstraße Nr. 146, 1 Treppe, ausliegenden Bedingungen in dem auf

Mittwoch den 10. August a. c.,
Vormittags 10 Uhr,

angesetzten Submissionstermin, versiegelt und mit gehöriger Aufschrift versehen, an uns einzureichen.

Nachgebote werden nicht angenommen.

Rastatt, den 28. Juli 1864.

Königl. preuß. Garnisonverwaltung.

Z.m.383. Durlach.

Ankündigung.

Bei der am 15. d. M. abgehaltenen zweiten Versteigerung wurde der zur Gantmasse des Bierbrauers Weiß von Karlsruhe gehörige Felsenkeller mit Acker den Herren Cichorienfabrikanten Gebrüder Wickert und Weyßer hier um 790 fl. endgiltig zugeschlagen.

Dies zur Nachricht an die unbekannt wo abwesenden Gläubiger

a) Gottlieb Wissinger von Aue,
b) Jakob König, Maurer von Mühlburg.

Durlach, den 28. Juli 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:
Seufert, Notar.

Z.m.385. Nr. 132. Bruchsal.

Pferde-Versteigerung.

Am Donnerstag den 4. August d. J., Vormittags 10 Uhr, werden vor den hiesigen Dragonerstallungen im Bauhof

4 Stück dienstuntaugliche Militärpferde

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Bruchsal, den 1. August 1864.

Verrechnung des großh. bad. 1. Leib-Dragonerregiments.
Kamm.

Z.m.390. Nr. 3702. Freiburg.

Aufgefundenes Geldtäschchen.

In diesseitigem Gepäckbureau ist ein Geldtäschchen mit Geld liegen geblieben.

Dasselbe kann gegen gehörigen Nachweis diesseits in Empfang genommen werden.

Freiburg, den 1. August 1864.

Großh. Eisenbahnamt.

Der Vorstand: Bürklin. Der Verwaltungsbeamte: Dillinger.

Z.m.356. Nr. 1312. Schaffhausen.

Bekanntmachung.

In Folge höherer Weisung beabsichtigen wir, eine größere Anzahl entbehrlicher Gegenstände, welche aus dem Zollvereinsgebiet stammen und auch wieder zollfrei dahin zurückgeführt werden können, einer öffentlichen Steigerung auszusetzen, und zwar:

Schmied-, Zimmermanns- und Schreinerwerkzeug, Steinhauer-, Maurer- und Sprenggeschirr, eine Anzahl Hand- und Schubkarren, Spaten, etwas Oberbaugeschirr und verschiedene andere Gegenstände.

Die Steigerung wird am 16. August d. J. in unserer Kyanisiranstalt dahier abgehalten, Beginn Vormittags 10 Uhr; wozu Steigerungslustige hiermit eingeladen werden.

Schaffhausen, den 29. Juli 1864.

Großh. Eisenbahnbau-Inspektion.
Rennwath.

Z.i.784. Nr. 4418. Eberbach. (Aktuarsstelle.) Die Aktuarsstelle dahier mit 400 Gulden und ca. 30 Gulden Accidenzien ist bis 1. Oktober d. J. zu besetzen.

Eberbach, den 28. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gräff.

Frankfurt, 1. August 1864. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	4% Obligation.	100½ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% do.	94 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	81 bez.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ G.
„	5% do. 1859 „ „	80⅜ P.	„	4½% do.	102⅛ G.
„	5% do. 1864 „ „	76¼ G.	„	4% do.	99⅜ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	76⅜ G.	„	3½% do.	92⅜ G.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83½ P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	69 bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	93¼ P.
„	5% Met.-Obligat.	61½ G.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61¾ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89½ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54½ G.	Frankf.	3½% Obligation.	95⅞ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 P.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	101¾ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	87⅛ P.
„	4% do.	98½ P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅝ P.
„	3½% Staatsch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	49⅛ P.
Bayern	4½% 1jährig	102½ P.	„	2½% Schuld	44⅜ G.
„	4½% ½jährig	102½ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¾ P.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	99⅞ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅛ P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅝ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93½ G.
„	3½%	99⅞ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	101 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P.
„	4% do.	103¾ G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96⅜ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	95⅞ G.
Baden	4% Obligation.	100 bez.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	43⅞ b. G.
„	3½% do. v. 1842	92⅝ P.	„	6% do. r. 1882	42½ b. G.
G.Hess.	5% Obligation.	101⅞ P.	„	5% do. r. 1871	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138⅝ G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	— —
3% Oesterr. Bank-Aktien	800 bez.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	199½ bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50¼ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	918 G.	5% Tosc. Centr. Eisb. Prior.	76½ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220½ bG	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	79⅜ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	95¾ G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	82 P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105 P.	5% Galz. Carl Ldwb.-PrO. 6/7	86 P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100½ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	322 G.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	97½ P.	5% „ „ 2. „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	102⅝ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	110¼ G.	4% „ „ „	98⅛ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	67¼ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	100 P.
Rhein-Nahe-Bahn	27⅝ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	147¾ bG	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	99 P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105½ G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	110½ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	110⅜ bG	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	123 G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	134¼ P.
„ 250 fl. „ 1854	77 G.
„ 100 fl. Pr. L 1858	131 G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	— —
„ 100 fl. v. 1864	95½ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¼ b. G.
Bad. 50-fl.-Loose	118 G.
„ 35-fl.-„	53¼ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	54½ bez.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	133¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	36½ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33 G.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	84¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅛ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	100¼ B.
Antwerpen	„	94⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96½ B.
Brüssel	„	94⅛ G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105⅛ B.
London	„	119 G.
Mailand. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	t. S.	102¾ bz.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56 -57
Holl. fl. 10 St.	„	9 49 -50
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 25½-26½
Engl. Sover.	„	11 48 -52
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hb. Silb. p. Zpfd.	„	52 15-45
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)